

Studienkonten – unplugged?

Die Studienkonten machen der LKW-Maut Konkurrenz

In den Hochschulverwaltungen herrscht zurzeit Chaos: Bis zum 1. Februar müssen an den Fachhochschulen und bis zum 1. März an den Universitäten Studiengebühren in Höhe von 650 Euro je »LangzeitstudentIn« eingetrieben werden. Besonders an den Universitäten steht die Verwaltung vor der Mammutaufgabe, das so genannte Studienguthaben aller StudentInnen individuell zu erfassen. Sobald dies geschehen ist, haben diese wiederum die Möglichkeit, für ihr gesamtes bisheriges Studium Anträge auf »Bonusesemester« zu stellen, die alle bearbeitet werden wollen.

Software-Testlauf gescheitert?

Um den Hochschulen das entsprechende Handwerkszeug zu bieten, beauftragte das Ministerium die Hochschul-Informationssystem GmbH, eine geeignete Software zu entwickeln, um alle StudentInnen zu erfassen. Ein erster Software-Testlauf an der Uni Bonn im November vergangenen Jahres produzierte nichts als Datensalat. Als an der Kölner Universität Mitte Dezember ein weiterer Test durchgeführt wurde, organisierten der Bonner AStA und die Alternative Liste der Uni Köln eine spontane Gegenkundgebung unter dem Motto »Studiengebühren – unplugged!« auf dem Albertus-Magnus-Platz. Innerhalb eines Vormittags ließen sich immerhin rund 150 StudentInnen mobilisieren, die nach der Kundgebung in die Universitätsverwaltung eindringen, um dort den Studiengebühren-TesterInnen einen Besuch abzustatten.

Zwar konnte die Gruppe den Software-Testlauf nicht aktiv stören, dennoch wurden auch diesmal nach Informationen aus der Bonner Universität keine verwertbaren Daten ermittelt. Ob die Kölner Universität ihre Ankündigung umsetzen kann, bis Ende Januar zumindest die StudentInnen anzuschreiben, die voraussichtlich schon im Sommersemester zahlen müssen, ist zurzeit unklar.

Wer muss zahlen?

Das Studiengebührengesetz und seine zugehörigen Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften und Erlässe (siehe www.wissenschaft.nrw.de) sind ausgesprochen umfangreich und für juristisch Unerfahrene kaum zu durchblicken. Die Gebühren von 650 Euro – etwa ein durchschnittliches Monatseinkommen von StudentInnen – sollen alle bezahlen, die bereits einen Studienabschluss haben, sich also im Zweitstudium befinden. Ferner zahlen alle, die ihre Regelstudienzeit um das Anderthalbfache »überzogen« haben. Bei mehreren gleichzeitig belegten Studiengängen zählt der mit der geringsten Regelstudienzeit. Grundsätzlich zählen die Hochschulsemester, nicht die Fachsemester. Einzige Ausnahme: Wer



Foto: www.arbeiterfotografie.com

innerhalb der ersten beiden Semester sein Studienfach gewechselt hat, bekommt auf Antrag ein neues »Studienkonto«. Zusätzlich gibt es beispielsweise für studierende Eltern, Behinderte, chronisch Kranke oder StudentInnen, die in universitären oder studentischen Gremien arbeiten (dazu zählt derzeit keine Fachschaftsarbeit) die Möglichkeit, Bonusesemester zu beantragen. Der Tatsache, dass zwei Drittel aller StudentInnen nebenher arbeiten, wird keine Rechnung getragen, auch wenn das neben der miserablen Hochschulausstattung eine der Hauptursachen für lange Studienzeiten ist.

Was tun?

Zum einen sind die Gebühren noch nicht endgültig umgesetzt. Neben weiteren politischen Aktivitäten (durch den Streik im Sommersemester 2002 haben wir im Gegensatz zu den ursprünglichen Plänen der Landesregierung drei gebührenfreie Semester erstritten) gibt es die Möglichkeit, auf der juristischen bzw. bürokratischen Ebene anzusetzen. Dazu führt das NRW-Landesbüro des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS) zusammen mit dem Landes-ASten-Treffen NRW Sammelklagen durch. Sobald ihr Post von der Universität bekommt, könnt ihr zwei Dinge tun: Erstens solltet ihr gegen eure Bescheide Widerspruch einlegen. Die Formulare und genauere Informationen dazu findet ihr auf der ABS-Homepage www.abs-nrw.de. Damit könnt ihr euch an den landesweit organisierten Sammelklagen beteiligen.

Fortsetzung auf Seite 2

Demonstration gegen Bildungs- und Sozialabbau

Am 31. Januar 2004 findet anlässlich der Verabschiedung des NRW-Landeshaushalts eine landesweite Demonstration gegen die Zerstörung von Sozial- und Bildungseinrichtungen statt. Außer von StudentInnengruppen wird die Demo von Arbeitslosen, gewerkschaftlichen Basisgruppen und anderen Betroffenen organisiert. Sie beginnt um 12 Uhr auf dem Vorplatz des Düsseldorfer Hauptbahnhofs.

Das StudentInnenparlament der Uni Köln hat am 18. Dezember 2003 auf Antrag der Alternativen Liste mit 29 Ja-Stimmen die Unterstützung der Demonstration beschlossen.

31. Januar 2004, 12 Uhr
Düsseldorf Hbf (Vorplatz)

Aktionstag gegen Studiengebühren an der Uni Köln

Für Dienstag, den 27. Januar, sind ein universitätsweiter Aktionstag zur Mobilisierung für die Demo am 31. Januar sowie weitere Protestaktionen geplant.

Fortsetzung von Seite 1

Die Verfahren sind für euch gebührenfrei, und jede weitere Klage bedeutet aktive Solidarität mit den Betroffenen. Die Sammelklagen leben auch davon, dass nicht nur einige wenige Menschen individuell den Rechtsweg beschreiten, sondern dass möglichst viele KlägerInnen den nötigen politischen Druck auf die Gerichte und das Ministerium ausüben.

Zweitens solltet ihr jede Menge Anträge zur Gewährung von Bonussemestern stellen. Dabei solltet ihr auch Gründe geltend machen, die vom Gesetz nicht gedeckt sind (Fachschaftsarbeit, Jobben etc.). Zum einen kann sich durch die Zahl der Anträge und die laufenden Gerichtsverfahren noch einiges ändern, zum anderen muss die Hochschule alle Anträge bearbeiten. Das Studienkontenmodell ist ein bürokratisches Monstrum, das verfahrenstechnisch auf wackeligen Beinen steht. Diese Schwäche müssen wir ausnutzen – die Lkw-Maut und die Firma TollCollect lassen grüßen.

Übrigens solltet ihr bedenken, dass ihr nur noch bis zum Ende des Sommersemesters Verlängerungsgründe für euer komplettes bisheriges Studium geltend machen könnt. Anschließend gibt es keine Möglichkeit mehr, rückwirkend Anträge zu stellen, zum Beispiel gegen Studienende – das in den meisten Fällen später ist, als man es vielleicht geplant hat. Auch ErstsemesterInnen sind also bereits von den »Langzeitgebühren« getroffen.

Blühende Hochschulen?

Die Gebühreneinnahmen sollen mittelfristig den Hochschulen zugute kommen. Nach den Erfahrungen in anderen Bundesländern, aber auch in NRW, können wir jedoch damit rechnen, dass es gleichzeitig wieder zu anderen Kürzungen im Hochschulbereich kommen wird, die mit den Gebühreneinnahmen sicher nicht ausgeglichen werden. Auch wird sich die mit Sicherheit stark reduzierte Zahl der StudentInnen kaum auf den Studienalltag auswirken: Um wie viele TeilnehmerInnen sollte sich auch ein Einführungsseminar im Grundstudium reduzieren, wenn Menschen aus dem Hauptstudium ohne Abschluss die Hochschule aus finanziellen Gründen verlassen? Wie viele neue Personalstellen, Bücher oder Laborplätze sollten von nicht vorhandenen Geldern finanziert werden?

Was sich an der Hochschule finanziell vor allem ändern wird, ist die Mittelverteilung innerhalb der Hochschulen: Das Studienkontenmodell sieht vor, dass Fachbereiche mit längeren Durchschnittsstudienzeiten weniger Gebühreneinnahmen als die mit kürzeren Studienzeiten bekommen sollen. Die Ausstattung der einzelnen Hochschulen, Fakultäten und Institute wird sich noch weiter auseinander entwickeln.

Dass eine noch schlechtere Finanzierung nicht zur Verkürzung, sondern zur Verlängerung von Studienzeiten führt, liegt auf der Hand – auch wenn SPD und Grüne glauben, dass die wunderbaren Gesetze der Marktwirtschaft das Gegenteil bewirken würden. Konkurrenz soll herrschen unter den Hochschulen und den StudentInnen. Lasst uns diese Markt-Logik durchbrechen!

Markus Struben

Alle Informationen und Widerspruchsformulare findet ihr unter www.abs-nrw.de.

Kritik unerwünscht

Senat der Uni findet Kritik am Sozialabbau »unakademisch«



Foto: www.arbeiterfotografie.com

Der Senat der Kölner Universität droht Christoph Butterwege, Professor für Politikwissenschaft an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät, mit Disziplinarmaßnahmen, nachdem dieser im November auf einer Podiumsdiskussion im Uni-Hauptgebäude Kritik am Sozialabbau geübt hat. Das Verhalten des Professors vermittele »der Öffentlichkeit ein schlechtes Bild der Universität zu Köln«, heißt es im Protokoll der Senatssitzung vom 3. Dezember 2003. Butterwege, der bundesweit bekannt ist für seine Publikationen über Rechtsextremismus und Neoliberalismus, hatte auf dem Podium einer Veranstaltung des universitären Fördervereins Köln Alumni Platz genommen – auf Drängen von protestierenden StudentInnen und auf Bitten des Rektors Tassilo Küpper, wie er betont.

Zu der vom Bayer-Konzern gesponserten Veranstaltung zum Thema soziale Sicherheitssysteme waren neben einem Vertreter des Gesundheitsministeriums (Ulla Schmidt hatte kurzfristig abgesagt) und dem Gesundheitsökonom Karl Lauterbach noch Bert Rürup und die beiden Professoren Johann Eekhoff und Eckart Bomsdorf von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät als Redner geladen. Kein ausgewogenes Verhältnis, fand ein Bündnis von KritikerInnen des Sozialabbaus, darunter die AL und attac campus, und rief zu einer Protestkundgebung auf. Laut Dieter Asselhoven (AL), der die Kundgebung angemeldet hatte, bot der Rektor den StudentInnen als Kompromiss an, eine Person fürs Podium zu benennen. Daraufhin schlugen diese den im Publikum anwesenden Butterwege vor.

Von diesem Kompromissangebot will Rektor Küpper heute nichts mehr wissen. Auf der Senatssitzung im Dezember wurde von professoraler Seite spekuliert, Butterwege sei der eigentliche Initiator der Proteste gewesen und habe die StudentInnen nur für sich instrumentalisiert. Begriffe wie »disziplinarrechtliche Maßnahmen« sind in der hitzigen Diskussion gefallen, sogar

von einer Wiedereinführung der akademischen Rüge nur für den »Fall Butterwege« ist die Rede gewesen. Dem Protokoll der Senatssitzung zufolge wurde eingehend diskutiert, welche Maßnahmen getroffen werden können, Butterwege die Missbilligung seitens der Universität und auch der Fakultät deutlich zu machen und solche Aktionen zukünftig zu vermeiden.

Zu einem Nachspiel kam es in der Sitzung vom 7. Januar. Dort wurde von studentischer Seite das Protokoll beanstandet, in dem fälschlicherweise von einer »einernehmlichen Missbilligung« die Rede ist. Ein entsprechender Änderungsantrag wurde mit der Begründung abgelehnt, eine andere Formulierung würde die Rüge zu sehr abschwächen.

Butterwege selbst hat bisher von der Universität noch keine Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Die Idee, dass er die »graue Eminenz« im Hintergrund der Veranstaltung gewesen sei und die AL und andere studentische Gruppierungen nach seiner Pfeife haben tanzen lassen, ist völlig absurd. Asselhoven erläutert, durch seine Teilnahme habe Butterwege zur »Deeskalation des Konflikts beigetragen und eine Podiumsbesetzung verhindert.« »Dass man mir hinterher unkollegiales Verhalten vorwirft, finde ich äußerst merkwürdig«, kritisiert Butterwege. Für den Rektor ist jedoch »uninteressant«, wer Butterwege um seine Teilnahme gebeten habe, es sei befremdlich, dass er überhaupt dazu bereit gewesen wäre. Küpper wirft ihm vor, den Programmablauf gestört zu haben, was Butterwege von sich weist. Aus seiner Sicht stand nicht das Recht oder die Freiheit, in der Universität Veranstaltungen durchzuführen, zur Disposition, sondern vielmehr das Recht aller Hochschulangehörigen, daran teilzunehmen. Zu den angedrohten Konsequenzen befragt, wiegelt Küpper ab: »Da wird wohl nichts mehr kommen.« Es müsse aber noch ein Gespräch mit Butterwege und dem Dekan der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät stattfinden.

Die Alternative Liste fordert den Senat und den Rektor auf, sich bei Butterwege und den DemonstrantInnen zu entschuldigen.

Raphaela Häuser, Beate Schulz

Anzeige

Die einen Wahlen kommen ...

27. bis 29. Januar 2004: Wahlen zu den universitären Gremien

Vom 27. bis 29. Januar sind die StudentInnen der Universität Köln erneut aufgefordert, sich an die Wahlurne zu begeben. Diesmal geht es nicht wie im Dezember darum, das StudentInnenparlament bzw. die Fakultätsvertretungen zu wählen, sondern den VertreterInnen in den universitären Gremien (Senat, Engere Fakultät etc.) ihr Mandat zu erteilen.

Nur selten in der universitären Öffentlichkeit wahrgenommen, werden hier viele Grundsteine unseres Universitätsalltags gelegt: So werden beispielsweise neue Studien- und Prüfungsordnungen verabschiedet oder neue ProfessorInnen berufen.

Worum geht es?

Gewählt werden die Engeren Fakultäten (EF), und auf Universitätsebene der Senat, der Erweiterte Senat und der Beirat der Gleichstellungskommission (hier dürfen natürlich nur Frauen wählen).

In diesen Gremien sind alle Statusgruppen der Universität vertreten. Neben den StudentInnen sind das die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, die nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen sowie die ProfessorInnen. Diese zunächst demokratisch scheinende Struktur stößt in der Praxis auf das ein oder andere Hindernis: So gibt es z. B.

die gesetzlich festgeschriebene ProfessorInnenmehrheit (einzig der Beirat zur Gleichstellungskommission ist paritätisch besetzt), die meistens per se Abstimmungsergebnisse zu Gunsten der ohnehin schon mächtigsten Gruppe definiert.

Die politische Tragweite der Entscheidungen, die in den Gremien getroffen werden, ist keinesfalls zu unterschätzen. So wird auch über Zulassungsbeschränkungen zu den einzelnen Fächern entschieden oder die Umsetzung hochschulpolitischer Novitäten – wie den im Vergleich zu Diplom, Magister und Lehramt inhaltlich stark abgespeckten und verschulteren Studiengängen Bachelor und Master. Auch Stellenstreichungskonzepte wie der Qualitätspakt im Jahr 2000 oder aktuell das Hochschulkonzept 2010 finden dort ihre Ausarbeitung. So wird also die Universität Köln konkret an die neoliberale Politik von Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft (SPD) angepasst.

Hinweise zur Wahl

Im Gegensatz zu den Wahlen im Dezember gibt es nur einen Urnenstandort pro Fakultät. Eure Stimmen könnt ihr auch nur dort abgeben, wo ihr eingeschrieben seid.

Viele StudentInnen werden von der Unübersichtlichkeit der Strukturen abgeschreckt, ihr

Stimmrecht wahrzunehmen. Auch wenn die Entscheidungsmöglichkeiten der studentischen VertreterInnen gering sind, rufen wir euch dennoch dazu auf, wählen zu gehen.

Die Alternative Liste tritt zu diesen Wahlen nicht an. Wir sind der Auffassung, dass die Arbeit in den Gremien am besten von Fachschaftsmitgliedern geleistet werden kann, die sich zu einer »Liste von FachschafterInnen« zusammenschließen. Diese Liste tritt zur Wahl der meisten Engeren Fakultäten ohne Gegenkandidaturen an.

Auch für den Beirat der Gleichstellungskommission, der die Gleichstellungsbeauftragte wählt, kandidiert eine einzige Liste, nämlich die Autonome Frauenliste, zu deren Wahl wir aufrufen.

Mit Spannung erwartet werden kann dagegen der Wahlausgang beim Senat und beim Erweiterten Senat: Hier konkurriert die Liste von FachschafterInnen mit der Hochschulgruppe »Die Unabhängigen«, die schon seit Jahren im StudentInnenparlament beweist, dass ihr die Autonomie der Fachschaften herzlich egal ist. In diesem Jahr sind sie die einzige Hochschulgruppe, die zu den Gremienwahlen antritt. Da bleibt nur zu wünschen, dass sich deren Erdrutschsieg der vergangenen Wahl zum StudentInnenparlament nicht wiederholt.

Sebastian Schröder

... die anderen sind vorüber

»Unabhängige« legen deutlich zu. Alternative Liste bleibt stärkste linke Gruppe.

Einen neuen AstA wird es wohl auch nach den Wahlen zum StudentInnenparlament im letzten Dezember nicht geben: Die bisherigen Koalitionsgruppen konnten ihre Mehrheit behaupten. Stärkste linke Liste wurde dennoch wieder die Alternative Liste mit diesmal 11 Sitzen (Vorjahresergebnisse siehe Kasten).

Eindeutige GewinnerInnen der Wahl waren die »Unabhängigen« (Unabs), die sich nicht zuletzt aufgrund der wieder mal sehr hohen Wahlbeteiligung in ihrer Hochburg, der WiSo-Fakultät, von 17 auf 21 Sitze steigern konnten. Die Juso-Hochschulgruppe, der Unions-Ableger RCDS und die »Lust« verloren jeweils einen Sitz. Einzig die Liberale Hochschulgruppe (LHG) konnte ihre zwei Sitze halten.

Die Ursache des starken Zugewinns der »Unabhängigen« ist zum einen in der Tatsache begründet, dass aus ihrer Hochburg, der WiSo-Fakultät, aufgrund der dort weit über dem Durchschnitt liegenden Wahlbeteiligung (28,2 Prozent gegenüber 11,6 Prozent am Rest der Universität) knapp ein Drittel der abgegebenen Stimmen kam. Andererseits konnten sie mit ihrem Konzept der inhaltlichen Beliebigkeit offensichtlich auch außerhalb der WiSo-Fakultät punkten – wenn auch in sehr bescheidenem Maß. Beinahe traditionell verlor die Koalitionspartnerin der Unabs, die Juso-Hochschulgruppe. Denn sie hat – zumindest in

den letzten 13 Jahren – immer Sitze verloren, wenn sie eine Koalition mit den Unabhängigen eingegangen war, obwohl sie oft einen erheblichen Teil der AstA-Öffentlichkeitsarbeit leistete, von der aber offenbar nur die Unabs profitieren konnten. Lerneffekte aus diesem Phänomen haben sich bei den Jusos leider noch nicht gezeigt. Die selbst ernannte FachschafterInnen-Liste Lust, für die nur noch zehn KandidatInnen aus vier

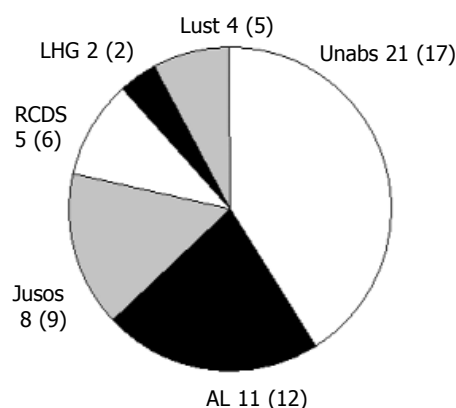
Fachschaften kandidierten, verlor wiederum einen Sitz und ist weiter auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit. Dort befindet sich die LHG schon länger, und es gelang ihr auch in diesem Jahr nicht, davon zu profitieren, dass sie als einzige Gruppe offensiv für Studiengebühren wirbt.

Bei den Wahlen zu den Fakultätsvertretungen und Fachschaftsräten erreichten überall dort, wo Listen der Fachschaften bzw. Vollversammlungen antraten, diese deutliche Mehrheiten. Der Fortführung basisdemokratischer Strukturen an Philosophischer, Mathematisch-Naturwissenschaftlicher, Medizinischer, Erziehungswissenschaftlicher und Heilpädagogischer Fakultät steht also nichts im Wege. Dort werden sich die Mini-Fakultätsparlamente wieder zugunsten der Fachschaften, Fachschafterkonferenzen bzw. Vollversammlungen auflösen, um ihr Mandat an die StudentInnen zurückzugeben. So sollen die fach- und fakultätspezifischen Probleme – von Prüfungsordnungen bis zur kritischen Begleitung des Lehr- und Forschungsangebotes – unabhängig von Parteien und Hochschulgruppen angegangen werden.

Aber auch ohne AstA-Beteiligung wird die AL ihre politische Arbeit – wie schon bisher – fortsetzen und euch weiterhin über aktuelle politische Themen an der Universität Köln, in der Stadt und anderswo auf dem Laufenden halten.

Bernd Götting, Jutta Kahle

Wahlergebnisse 2003



Nato-Sicherheitskonferenz in München M – eine Stadt sucht ihre Mörder

In diesem Jahr findet Anfang Februar in München erneut eine so genannte NATO-Sicherheitskonferenz – früher: Münchner Wehrkundetagung – statt. An der Veranstaltung im noblen Hotel *Bayrischer Hof* nehmen die Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Staaten, hochrangige Militärs und RüstungslobbyistInnen teil. Gegen dieses Treffen der »Kriegselite« ruft auch in diesem Jahr ein Aktionsbündnis zu einer Großdemonstration auf. »Bei der so genannten Münchner Sicherheitskonferenz geht es nicht um internationale Sicherheit. Es geht um Absprachen und Koordination weltweiter Strategien zur militärischen Absicherung ökonomischer Herrschaftsansprüche«, heißt es im Aufruf des Aktionsbündnisses.

Im vergangenen Jahr hatten etwa 30 000 Menschen gegen die Sicherheitskonferenz und den Irak-Krieg demonstriert. 2002 war die De-

monstration von der Polizei kurzfristig verboten worden, fand aber trotzdem statt.

Entsprechend konzentriert sich Münchens Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer schon jetzt auf sein neues Feindbild: den »Berufsdemonstranten«. »Offensichtlich meint er damit Menschen, die häufiger von ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch machen, als ihnen das die Polizei zugestehen würde«, kommentiert die Pressesprecherin der Münchner Roten Hilfe, Paula Schreiber, die Ankündigung der Polizei, »einschlägig bekannte Berufsdemonstranten« bereits im Vorfeld herauszufiltern und heimzuschicken. Wer als »Berufsdemonstrant« gilt, bestimmt der Verfassungsschutz.

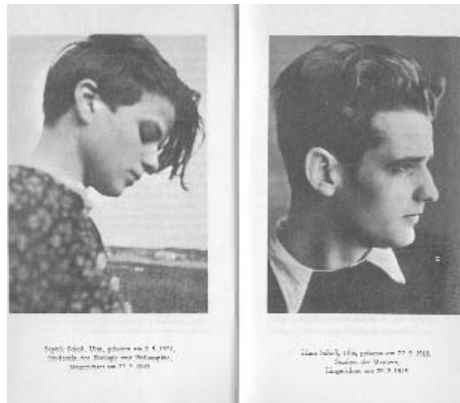
Internationale Demonstration: 7. Februar 2004, 12 Uhr, Marienplatz München

Szenische Lesung aus Briefen von Hans und Sophie Scholl Briefe der Geschwister Scholl

Die Weiße Rose, eine studentische Widerstandsgruppe, versuchte auf Flugblättern der Bevölkerung die Augen über den Nationalsozialismus zu öffnen und rief zu Widerstand und Sabotage auf. Vor bald 61 Jahren, am 18. Februar 1943, wurden die Geschwister Scholl beim Verteilen ihrer Flugblätter im Lichthof der Münchener Universität verhaftet. Es war der Tag, an dem in Berlin eine vieltausendstimmige Menge »JA« zum totalen Krieg brüllte.

Am 22. Februar 1943 wurden Hans und Sophie und ihr Freund Christoph Probst vom Volksgerichtshof unter Vorsitz von Roland Freisler zum Tode verurteilt und Stunden später im Gefängnis München-Stadelheim enthauptet.

»... Daher muß jeder Einzelne seiner Verantwortung als Mitglied der christlichen und abendländischen Kultur bewußt in dieser letzten Stunde sich wehren, soviel er kann, arbeiten wider die Geißel der Menschheit, wider den Faschismus und jedes ihm ähnliche System des absoluten Staates. Leistet passiven Widerstand – Widerstand – wo immer ihr auch seid, ehe es zu spät ist, ehe die letzten Städte ein Trümmerhaufen sind, gleich Köln, und ehe die letzte Jugend des Volkes irgendwo für die Hybris eines Untermenschen verblutet ist. Vergeßt nicht, daß ein jedes Volk diejenige Regierung verdient, die es erträgt!«
(Aus dem ersten Flugblatt der Weißen Rose)



Szenische Lesung des Piccolo-Theaters aus Briefen von Hans und Sophie Scholl, Mitglieder der Widerstandsbewegung »Die Weiße Rose«
Mit Michael Klevenhaus und Dorothea Mewes
Moderation: Ingund Mewes

Donnerstag, 29. Januar 2004, 18 Uhr
Vortragsraum der Unibibliothek Köln
Der Eintritt ist frei.

Eine gemeinsame Veranstaltung der Alternativen Liste Uni Köln, der Fachschaft Geschichte der Uni Köln und des Piccolo-Theaters Köln. Weitere Infos und Termine: www.piccolo-theater.de.

Die geplante EU-Militärverfassung verhindern!

Die Verhandlungen für eine Verfassung der Europäischen Union sind auf deren letzten Gipfeltreffen ins Stocken geraten. Zu den unstrittigen Absichten des Verfassungsentwurfs gehört aber, den einzelnen Mitgliedsländern eine ständige Aufrüstung vorzuschreiben und den Ausbau der militärischen Fähigkeiten der gemeinsamen EU-Armee zum Grundgesetz der EU machen.

Im Kontext der EU-Verfassung steht das Militärstrategiepapier der EU, das bereits im Grundsatz von den beteiligten Staaten akzeptiert wurde. Dies beinhaltet auch so genannte Präventivkriege: »Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen begünstigt« (NATO-Generalsekretär Solana). Die US-Regierung und ihre Methoden werden von großen Teilen der EU-Bevölkerung kritisiert, aber die EU-Regierungen – einschließlich der deutschen Bundesregierung – verfolgen z. B. mit der neuen EU-Militärstrategie oder den aktuellen Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr genau die gleiche menschenverachtende Politik.

Im Militärstrategiepapier wird die EU zur neuen Weltmacht gekürt: »Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben.« Die EU soll also die zweite Weltmacht in einem »multilateralen« Weltsystem werden. »Eine Union mit 25 Mitgliedern und einem Verteidigungsgesamthaushalt von 160 Milliarden Euro sollte in der Lage sein, mehrere Operationen gleichzeitig auszuführen.«

Auf unserem AL-Themenplenum am 27. Januar um 20 Uhr, Meister-Ekkehart-Str. 7, wollen wir uns eingehend mit dieser Thematik beschäftigen. Interessierte sind herzlich eingeladen.

AL-Plenum:

Dienstags, 20 Uhr,
Meister-Ekkehart-Str. 7,
2. Etage

Impressum

Das AL-Info wird herausgegeben von der Alternativen Liste Uni Köln.

Redaktion: Jutta Kahle, Felix Rau, Sebastian Schröder, Bea Schulz, Markus Struben (V.i.S.d.P.)
Layout: Raphaela Häuser, Matthias Schön

ISSN 1619-7607

Postadresse:

Alternative Liste Uni Köln c/o BAVV
Gronewaldstraße 2, 50931 Köln

Hotline:

(0177) 200 63 44 (Dieter)
(0221) 999 25 89 (Markus)

E-Mail:

al-plenum@uni-koeln.de

Web:

www.al.uni-koeln.de

Terminkalender



+++ 27.1.: Themenplenum der AL zur EU-Militarisierung, Meister-Ekkehart-Str. 7, 20 Uhr
+++ 27.-29.1.: Wahlen zu den universitären Gremien an der Uni Köln
+++ 29.1.: Szenische Lesung aus den Briefen der Geschwister Scholl, 18 Uhr, Vortragsraum der UB
+++ 31.1.: Demo gegen Bildungs- und Sozialabbau, 12 Uhr, Düsseldorf Hbf
+++ 7.2.: Demo gegen die Natosicherheitskonferenz in München, 12 Uhr, Marienplatz

... mehr Termine unter

www.al.uni-koeln.de/termine.html